

# Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden  
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 32.

Charlottenburg, Freitag, den 6. August 1920.

Jahrg. 47.

## Gauleiter gesucht!

Der für das Gaubureau in Zimenau bereits gewählte zweite Gauleiter hat aus Gründen, die der Vorstand als stichhaltig anerkennen muß, auf den Antritt der Stellung verzichtet. Der Posten wird daher erneut für Bewerbungen ausgeschrieben. Bewerber müssen mindestens sechs Jahre unserer Organisation angehören, gute Redner, in Schrift und Stil zu jeglicher Korrespondenz befähigt und in allen Organisationsfragen bewandert sein. Es bleibt Ihnen überlassen, wie sie im Bewerbungsschreiben ihre Befähigung und empfehlende Vergangenheit darlegen wollen.

Das Anfangsgehalt beträgt monatlich 500 Mk. Dazu kommen verschiedene widerrufliche bzw. abänderungsfähige Teuerungszulagen von zusammen 627,50 Mk., so daß das Gesamtgehalt zurzeit 1127,50 Mk. monatlich beträgt.

Bewerbungsschreiben müssen bis spätestens 23. August bei dem Verbandsvorsitzenden Georg Wollmann eingegangen sein.

Der Verbandsvorstand.

## Epa und das Kohlenproblem.

Die Kohlennot ist eine internationale, durch die Raubwirtschaft während des Krieges verursachte Erscheinung und kann folglich auch nur durch internationales Zusammenarbeiten aller in Betracht kommenden Faktoren, insbesondere der Bergarbeiter, behoben werden. Das hat der Vertreter der Bergarbeiter, Abgeordneter Otto Hue, im Einverständnis mit dem christlichen Gewerkschaftsvorsitzenden, Abgeordneten Heinrich Imbusch, und dem unabhängigen Abgeordneten Heinrich Pieper aus Dortmund (Bergarbeiter) bei den Verhandlungen in Spa am 10. Juli auch ausgesprochen und die Bergarbeiter haben ihm zugestimmt. Die Vertreter der Entente haben sich aber über die Bergarbeiter hinweggesetzt und diktiert, daß Deutschland 2 Millionen Tonnen Steinkohlen monatlich, das sind 24 Millionen Tonnen jährlich, zu liefern hat. Ursprünglich hatten sie sogar 2½ Millionen Tonnen monatlich, das sind 30 Millionen jährlich, gefordert. Wenn sich bis zum 15. November 1920 herausstellt, daß die diktierte Menge nicht geliefert wird, so soll die weitere Besetzung deutschen Gebietes, das heißt des Ruhrgebietes, erfolgen. Mit dünnen Worten heißt das: „Willst du nicht mein Bruder sein, schlag ich dir den Schädel ein!“

Die „Bergarbeiter-Zeitung“, das Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, der gegenwärtig über 440 000 Mitglieder zählt, also viel mehr, wie alle übrigen Bergarbeiterorganisationen zusammengenommen, beschäftigt sich in Nr. 30 eingehend mit den Kohlenverhandlungen in Spa und sagt zu dem Diktat der Entente:

„Wir sind nicht nur beim Wiederaufbau Frankreichs, sondern der ganzen Welt gern bereit, mitzuarbeiten, soweit unsere Kräfte reichen. Was hier gefordert wird, geht jedoch über unsere Kräfte. Die Erfüllung dieser Forderung bedeutet für uns unter den obwaltenden Verhältnissen einfach Selbstmord. Nur wer unsere gänzliche Vernichtung will, kann daher auf dieser Forderung bestehen.“

Ueber die deutsche Steinkohlenförderung sagt die „Bergarbeiter-Zeitung“ weiter:

„Die deutsche Steinkohlenförderung betrug im letzten Friedensjahr 1913 191 511 154 Tonnen. An Steinkohlen, Koks und Bräunstein wurden ausgeführt 44 911 350 Tonnen, eingeführt 11 324 145 Tonnen. Der die Einfuhr übersteigende Ausfuhrüberschuß betrug mithin 33 587 205 Tonnen. In Deutschland wurden demnach 1913 179 223 949 Tonnen Steinkohlen verbraucht. Dagegen betrug die Steinkohlenförderung 1919 nur

116 673 000 Tonnen, blieb mithin hinter dem Verbrauch von 1913 um 41 250 949 Tonnen zurück. Von Januar bis Mai 1920 betrug die Steinkohlenförderung 50 938 756 Tonnen gegen 44 458 394 Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres. Wir dürfen danach mit einer Jahresförderung an Steinkohlen für 1920 von höchstens 125 000 000 Tonnen rechnen. Die Jahresförderung von 1920 wird also hinter dem Jahresverbrauch von 1913 um fast 33 000 000 Tonnen zurückbleiben.“

Unter diesen Umständen ist es selbstverständlich ganz unmöglich, an die Entente 30 oder auch nur 24 Millionen Tonnen jährlich zu liefern, ohne daß wir uns selbst vernichten. Diese Kohlen werden hauptsächlich an Frankreich geliefert. Italien hatte 1913 einen Verbrauch von etwa 12 Millionen Tonnen. Davon lieferte England 9 647 000 Tonnen, Deutschland nur 1 073 000 Tonnen. Der Rest kam aus Frankreich, Oesterreich und Belgien. Nur 600 000 bis 700 000 Tonnen, dazu noch sehr schlechte Braunkohlen, wurden im eigenen Lande gewonnen. Belgien hatte 1913 eine Steinkohlenförderung von 22 858 450 Tonnen. Eingeführt wurden 8 874 345, ausgeführt 4 943 550 Tonnen. Der Einfuhrüberschuß betrug somit 3 930 895 und der Verbrauch 26 749 345 Tonnen. England hatte 1913 eine Steinkohlenförderung von über 260 und eine Ausfuhr von 76,7 Millionen Tonnen. Nach diesen Zahlen werden die deutschen Kohlen also hauptsächlich nach Frankreich gehen. Ueber dessen Steinkohlenförderung und Versorgung schreibt nun die „Bergarbeiter-Zeitung“:

„Die Steinkohlenförderung Frankreichs betrug 1912 40 560 000 Tonnen. Ausgeführt wurden 1 911 113 Tonnen, eingeführt dagegen 15 974 712 Tonnen. Die Einfuhr überstieg also die Ausfuhr um 14 063 599 Tonnen. Frankreichs Steinkohlenverbrauch betrug mithin 54 623 599 Tonnen. Seine Steinkohlenförderung betrug 1917 28 929 000, 1918 26 322 000, 1919 19 537 843 Tonnen. Für 1920 wird die Steinkohlenförderung in Frankreich ebenfalls erheblich höher sein, schon weil die im Kriege zerstörten Gruben nach und nach wieder in Betrieb kommen. Zugüglich einer Lieferung von 30 000 000 Tonnen wäre also sein Friedensverbrauch erreicht, wenn nicht überschritten. Dazu kommt noch die Steinkohlenförderung des Saargebietes und Elsaß-Lothringens, welche 1913 13 071 981 Tonnen und 3 817 000 Tonnen, zusammen 16 888 981 Tonnen betrug. In Frankreich wäre somit der Kohlenmangel behoben, während Deutschland daran zugrunde ginge. Das kann niemand wollen, der auch nur einen Funken von Rechtlichkeitsfönn und Menschlichkeitsempfinden besitzt.“

Bei den Kohlenverhandlungen in Spa hat auch nicht ein Funke Rechtlichkeitsfönn und Menschlichkeitsempfinden geherrscht, obwohl deutscherseits nur Vertreter einer rein bürgerlichen Regierung mitwirkten, das beweisen klar und eindringlich die vorstehenden Zahlen. Alle deutschnationalen und deutschvolksparteilichen Phrasen, die wir besonders bei den letzten Reichstagswahlen über uns ergehen lassen mußten, sind durch die Kohlenverhandlungen in Spa erledigt worden. Nichts ist besser gemacht worden, im Gegenteil hat uns Hugo Stinnes durch sein Auftreten unberechenbar geschadet. Stinnes spielte in Spa lediglich den Elefanten im deutschen Porzellan. Ob gewollt oder ungewollt, bleibe dahingestellt.

Wie es in Spa von den Vertretern der Entente beliebt wurde, geht es überhaupt nicht. Treffend schreibt dazu die „Bergarbeiter-Zeitung“:

„Man kann einen Ochsen zum Brunnen, aber nicht zum Saufen zwingen. Durch die feindliche Besetzung des Ruhrgebietes würde nicht aufgebaut, sondern zerstört. Darunter würde nicht nur Deutschland, sondern auch die übrige Welt

leiden. Trotz ihrer gesundheitlichen und wirtschaftlichen Verelendung, wie sie der Krieg mit seinen Folgen mit sich gebracht hat, haben die Vergleute freiwillig Ueberschichten verfahren, um im Interesse der notleidenden Bevölkerung die Förderung zu heben. Gezwungen können sie dazu nicht werden, ebensowenig zu höherer Leistung. Ohne oder gar gegen die Vergarbeiter geht es also nicht. Daher muß eine Verständigung gesucht und gefunden werden. Eine harte Siegerfaust kann diese Verständigung nicht finden und somit das Kohlenproblem nicht lösen. Es muß vielmehr heißen: „Leben und leben lassen!“ Nur auf dieser Grundlage kann das Kohlenproblem gelöst und aufgebaut werden, was der Krieg zerstört hat.“

Das Kohlenproblem kann nicht so gelöst werden, wie es in Spa geschehen ist. Das ist keine Lösung, sondern eine weitere Verschärfung. Stinnes sagte in Spa: „Wer nicht von Siegerkrankheit unheilbar befallen ist, weiß, daß mit den jetzt üblich gewordenen Dispositionen es nicht getan ist!“ In dieser Form wirkt der Satz verlegend und herausfordernd. Stinnes hätte vielmehr sagen müssen: „Ich selbst nebst meinen Gesinnungsgenossen war von der Siegerkrankheit unheilbar befallen und das ist Deutschland zum Verhängnis geworden. Laßt euch das zur Warnung dienen!“ Das hätte den Tatsachen entsprochen und seine Wirkung nicht verfehlt.

Wenn die Siegerkrankheit bei den Siegern in der bisherigen Weise fortschreitet, werden sie bald das Schicksal der Besiegten teilen. Das kann niemand wünschen, der gesunde Sinne hat. Jede Pose sollte daher vermieden werden. Aussprechen, was ist und daraus die nötigen Schlüsse ziehen. Das allein kann uns helfen. Sieger und Besiegte leiden schwer unter den Folgen des Krieges. Und sie werden diese Folgen um so schneller überwinden, je schneller sie sich verstehen lernen und je tatkräftiger sie sich gegenseitig unterstützen.

Theodor Wagner, Bochum.

## Die neue Arbeitsordnung.

In Nr. 17 der „Ameise“ vom 23. April d. J. wiesen wir darauf hin, daß entsprechend § 80, Ziffer 3 des Betriebsrätegesetzes in allen Betrieben, deren Arbeitsordnung vor dem 1. Januar 1919 erlassen wurde, eine neue Arbeitsordnung mit dem Arbeiter- bzw. Betriebsrat zu vereinbaren ist. Wenn wir nicht irren, muß bis zum 1. September d. J. das geschehen sein. In Nr. 19 der „Ameise“ vom 7. Mai d. J. gaben wir unseren Mitgliedern davon Kenntnis, daß ein Entwurf zu einer neuen Arbeitsordnung in einer Anzahl von Betrieben unseren Mitgliedern von Seiten der Unternehmer unterbreitet worden war, der zur schärfsten Kritik von unserer Seite herausforderte.

Nachstehend unterbreiten wir unseren Mitgliedern den Entwurf einer Arbeitsordnung, der den gesetzlichen Bestimmungen entspricht, aus dem aber auch jede überflüssige und vor allen Dingen schikanöse Bestimmung fortgelassen ist. Dieser Entwurf sollte allen in Betrieben unseres Verbandsgebietes berufenen Arbeiter- bzw. Betriebsräten als Unterlage dienen für die Verhandlungen zwecks Vereinbarung einer neuen Arbeitsordnung.

### Arbeitsordnung der (für die)

vereinbart am . . . . . zwischen der Firma . . . . .  
in . . . . . und der Arbeiterschaft, vertreten durch den  
Betriebs-Arbeiter-, Angestellten-Rat.

Die Arbeitsordnung tritt am . . . . . in Kraft. Die  
bisherige Arbeitsordnung wird am Tage des Inkrafttretens der neuen  
Arbeitsordnung aufgehoben.

#### § 1.

Jeder Arbeitnehmer erhält bei seiner Einstellung ein Exemplar  
der Arbeitsordnung durch den Betriebs-(Arbeiter-)rat ausgehändigt.  
Der Empfang ist durch Unterschrift zu bestätigen.

Die Einstellung von Arbeitern erfolgt auf Grund der zwischen  
der Firma und dem Betriebsrat vereinbarten Richtlinien vom  
. . . . . (§ 78, Ziffer 8 und § 81 des B. G.-B.).

#### § 2.

### Arbeitsvertrag.

Für die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Arbeiter und Ar-  
beiterinnen des Betriebes gelten grundsätzlich die Bestimmungen des  
Tarifvertrages, mit dem die zuständigen Organisationen abgeschlossen  
ist. Besteht kein Tarifverhältnis, so gelten die schriftlich  
niedergelegten Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat  
bzw. Betriebsrat, einschließlich aller Nachträge und Verein-  
barungen, Tarifverträge, Tarifverträge.

#### § 3.

### Abzahlung und Lohnberechnung.

Der Lohn ist in erster Linie als Zeitlohn nach den geltenden  
Bestimmungen des Tarifvertrages zu berechnen. Soweit durch Tar-  
ifvertrag, Tarifvertrag und Tarifvertrag zulässig ist, ist die Höhe der  
Lohn in jedem Fall zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeiter-  
rat, vorbehaltlich der Zustimmung der zuständigen Arbeitnehmerorgani-  
sation, zu vereinbaren.

Gegenwärtige Abmachungen zwischen dem einzelnen Ar-  
nehmer oder der einzelnen Arbeitnehmergruppe und dem Arbeitgeber  
oder dessen Beauftragten sind nichtig.

#### § 4.

Die Lohnzahlung hat in voller Höhe des tariflichen Stunden-  
Wochen- oder Akkordlohnes jeden Freitag (spätestens bis zum Ar-  
beits- und Lohnschluß zu erfolgen.

Die gesetzlichen Anteile zur Kranken- und Invalidenversicherung  
und Steuer sind bei jeder Lohnzahlung abzuziehen.

Der Lohn ist nur in bar zu leisten. Die Lohnberechnung,  
schließlich der Abzüge für die Kranken- und Invalidenversicherung  
und Steuer, muß in den Lohnbüchern, auf den Lohnzetteln, Lohn-  
oder Umschlägen für jeden Arbeitnehmer deutlich und einwandfrei  
sichtlich sein, andere Abzüge, wie zu den Beiträgen der gesetz-  
lichen Versicherung und Steuern, sind unstatthaft.

#### § 5.

Jeder Arbeiter hat die zur Arbeit gelieferten Arbeitsgerä-  
te vor Beschädigung zu bewahren und in gutem Zustande zu erhalten.

#### § 6.

Durch vorübergehende Schließung eines Betriebes oder ei-  
ner Betriebsabteilung, die der Arbeitgeber zu vertreten hat, und die o-  
der Zustimmung des Betriebsrates erfolgt ist, geht der Arbeitnehmer  
seines tariflichen Stunden- oder Wochenlohnes gemäß § 615  
B. G.-B. nicht verlustig. Dem Arbeitnehmer ist der Tariflohn a-  
dann weiter zu gewähren, wenn er für eine verhältnismäßig nicht  
geringfügige Zeit bis zur Dauer von . . . . . Tagen, ohne sein Ver-  
schulden bei Krankheits- und Unglücksfällen, Sterbefällen in der Fa-  
milie, sowie bei Ausübung seiner gesetzlichen und staatsbürgerlichen  
Rechte von der Arbeit fernbleiben muß.

#### § 7.

Das Arbeitsverhältnis kann nur unter genauer Einhaltung  
der Bestimmungen der §§ 84—90 des B. G.-B. zu jeder Zeit gel-  
ten.

Ein Arbeiter, der vor der regelmäßigen Lohnzahlung entlas-  
tet wird, erhält seinen vollen Verdienst möglichst sofort, aber spätes-  
tens innerhalb 24 Stunden ausgezahlt.

#### § 8.

Die Arbeitszeit beträgt . . . . . Stunden wöchentlich, u-  
n-  
zwar von Montag bis Freitag je 8 Stunden täglich, einschließlich  
Pausen, und Sonnabends . . . . . Stunden.

Die Arbeitszeit beginnt im Sommer früh . . . . . Uhr u-  
nd endet nachmittags . . . . . Uhr. Die Arbeitszeit beginnt im Win-  
ter früh . . . . . Uhr und endet nachmittags . . . . . Uhr.

Zur Einnahme der Mahlzeiten gelten nachstehende Pausen:  
Im Sommer vormittags von . . . . . bis . . . . . Uhr und mitt-  
tags von . . . . . bis . . . . . Uhr. Im Winter vormittags von . . . . .  
bis . . . . . Uhr und mittags von . . . . . bis . . . . . Uhr.

#### § 9.

Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit sind zu vermeiden  
und in ganz dringenden Fällen nur mit Zustimmung des Betriebs-  
rates unter Zahlung der tariflichen Zuschläge zulässig.

#### § 10.

Die von dem Arbeiter vorgelegten Papiere werden bis zu seiner  
Austritt aus dem Arbeitsverhältnis im . . . . . Kontor aufbewahrt.  
Dort hat der Arbeiter auch seine Wohnung anzugeben und von jeder  
Wohnungswechsel Meldung zu machen.

#### § 11.

Ist der Arbeiter durch Krankheit oder einen sonstigen Grund  
verhindert, zur Arbeit zu erscheinen, so ist dem Arbeitgeber davon  
mündlich oder schriftlich Mitteilung zu machen.

Wöchnerinnen müssen eine Schonungszeit von 8 Wochen über  
ihren Entbindung haben und nachweisen, daß seit ihrer Niederkunft wenigstens  
6 Wochen verfloßen sind.

Urlaub ist möglichst frühzeitig, spätestens, wenn kein triftiger  
Hinderungsgrund vorliegt, tags vorher anzumelden.

#### § 12.

Strafbestimmungen bestehen für das Arbeitsverhältnis nicht.

#### § 13.

Die Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaft sind  
genau zu befolgen; Fehlen von Schutzvorrichtungen, Mängel an ihnen  
und sonstige Unregelmäßigkeiten, die geeignet sind, jemandem Schaden  
zuzufügen und einen Unfall herbeizuführen, sind sofort beim Betriebs-  
rat und Werkmeister zu melden. Eigenmächtige Abänderungen der  
Schutzvorrichtungen, Maschinen, Arbeitsgeräte usw. sind verboten.

Jeder Unfall, auch die kleinste Verletzung usw., ist sofort dem  
Verletzten oder, falls dieser dazu nicht in der Lage ist, von drei  
Zeugen des Unfalles oder dem, der zuerst Kenntnis von dem Unfall  
erhält, beim Betriebsrat zu melden.

#### § 14.

Alle für die Arbeitnehmer geschaffenen Wohlfahrts- und  
Unterstützungs- und Verwaltung des Betriebsrates.

Aborte, Garderoben, Bäder, Waschküchen, Speise- und Arbeits-  
räume werden auf Rechnung der Firma von besonders dazu beauf-  
tragten Personen täglich gereinigt (§§ 120 a, Abs. 1 bis 3 und § 120 b  
Abs. 3 und 4 der G.-C.). Das Umkleiden usw. darf nur in der Gar-  
derobe, resp. den dazu bestimmten Räumen geschehen. Die Arbeiter  
haben darauf zu achten, daß vorgenannte Einrichtungen während des  
Tages in benutzbaren Zuständen bleiben.

#### § 15.

Jeder Arbeitnehmer des Betriebes hat alljährlich auf Veran-  
lassung nach den Bestimmungen des Tarifvertrages (den diesbezüg-  
lichen Vereinbarungen zwischen dem Arbeitgeber und dem Betriebs-  
rat). Beginn und Ende setzt der Betriebsrat mit dem Arbeiter-  
rat unter möglicher Berücksichtigung der Wünsche der Arbeitnehmer fest.

## Aus eigener Kraft!

In den Abendstunden des 19. März eilte die Trauerfunde vom brennenden Volkshaus durch die Gassen der Leipziger Arbeiterbevölkerung. Dide Rauchwolken stiegen in jener Richtung auf, und doch zweifelten gar viele an der Wahrheit dieser Botschaft. Die Sorge um das Heim der organisierten Arbeit trieb so manchen Proletarier nach der Zeitzer Straße. Je näher er kam, desto mehr sank die leise Hoffnung, und das Unfassliche wurde schmerzliche Gewissheit: das stolze Gebäude der Arbeiterschaft stand in hellen Flammen.

Tausende von Proletariern waren Zeuge, wie das Werk der Vernichtung gelang. Im brennenden Bau stürzten die Wassen und Deden ein, jeder dumpfe Fall krampfte erneut die Herzen der umstehenden Arbeiter zusammen, die erfüllt waren vom tiefsten Schmerz und stummer Erbitterung. Nur die Kolbenstöße der Döschmaschinen durchbrachen die Stille, wie Hammerschläge meißelten sie erneut in die Hirne der Proletarier die Lehre vom unerbönnlichen Klassenhass gegen die satte Bourgeoisie und den Kampf der Ausgebeuteten und Unterdrückten für ihre Befreiung.

Als am anderen Morgen die Sonne auf den trostlosen Haufen verhehlter Trümmer schien, drückten sich langjährige Kampfgenossen in wortloser Trauer die Hand. Selbst die, die der Krieg getrennt hatte, grüßten sich an diesem Tage still und stumm. Das gemeinsame Leid schlang um alle ein einigendes Band. Es war wie ein stiller Schwur inmitten der ragenden, mit dem Einsturz drohenden Mauerresten: das Leipziger Proletariat steht zusammen in dem Streben, sein Heim wieder aufzubauen, der Reaktion zum Trotz und der Arbeiterklasse als Zeugnis ihrer eigenen Stärke und Macht, die ihr die Klassensolidarität gibt! Denn die Solidarität des Proletariats muß der Baumeister des Volkshauses sein!

Gewaltig sind die Baukosten gestiegen; während damals der zerstörte Bau rund 420 000 Mk. Baugeld verschlang, kosten heute allein die erforderlichen Zementdecken mehr als das Doppelte dieser Summe. Rund 10 Millionen Mark werden notwendig sein, um die Kosten des Wiederaufbaues bestreiten zu können. Die Stadt hat den Gewerkschaften 1 Million Mark vorstufweise gegeben, damit die Organisationen die notwendigsten Bureaueinrichtungen kaufen konnten. Von den 21 abgebrannten Gewerkschaften hat der Fabrikarbeiterverband allein 320 000 Mk. aufzuwenden, um bei den jetzigen Preisen die ihm verloren gegangenen Einrichtungen wieder zu schaffen. Und das ist nicht einmal die am schwersten geschädigte Gewerkschaft. Der Staat hat 2 Millionen Mark Darlehen bewilligt, die zum Anlauf des Hotels Viktoria dienen, um die obdachlosen Gewerkschaften vorläufig unterzubringen. Die sonst vorhandenen Geldmittel sind für die heutigen Verhältnisse so bescheiden, daß damit die Baukosten nicht gedeckt werden können. Die Versicherungsgesellschaften lehnen die Zahlung der Versicherungssumme unter Hinweis auf den Aufrührparagrafen ab. Das Tumultschadengesetz verspricht zwar einigen Ersatz, doch auch hier wird bei den Fuzugeln dieses Gesetzes nur ein Teilchen der Baukosten zu erlangen sein. Aber Monate werden vergehen, bis auf Grund dieses Gesetzes Geld in unseren Händen ist.

So bleibt vorläufig nur die eigene Kraft der Leipziger Arbeiterschaft übrig, will sie nicht ihr Heim dem Würgertum zur Freude in dem Zustand der Vernichtung lassen. Und ihr vielfach bewährter Opfermut wird trotz der schweren und drückenden Belastung des werktätigen Volkes auch hier nicht versagen. Die Funktionäre der Gewerkschaften haben beschlossen, einen Tag für ihr Heim zu arbeiten, den Ertrag einer Tagesarbeit abzuführen, um die Schäden der ruchlosen Tat wettzumachen. Dieser hochherzige Entschluß setzt sich schon in die Tat um. Die Ablieferung des Geldes hat trotz der Ungunst dieser Zeit schon begonnen.

Aber die Kraft der Leipziger Arbeiterschaft, so groß und gewaltig sie ist, ist doch zu schwach, um allein die Summen aufzubringen, die gebraucht werden. Und so wenden wir uns an die gesamte deutsche Arbeiterschaft mit der Bitte: Helft uns bauen! Viele tausende organisierte Proletarier kennen das Schmutzstück unter den deutschen Gewerkschaftshäusern, das Leipziger Volkshaus, ja aus eigener Kenntnis. Eine große Zahl von Konferenzen und Kongressen aller Art haben hier getagt. Wandernde Arbeiter haben hier nach ermüdendem Marsche eine gastliche Ruhestätte gefunden. Diese Freunde werden voll Mitgefühl die Kunde gehört haben von dem Verluste, der uns betroffen. Sie alle bitten wir: werbt in euren Kreisen um Hilfe für den Wiederaufbau. Und wir werden nicht vergebens bitten. Gewiß ist die deutsche Arbeiterschaft genau so schwer belastet wie das Leipziger Proletariat, aber viel Wenig gibt doch ein Ziel, und das neuerstandene Heim wird allen Genossen den Dank abstatten für ihre brüderliche Solidarität.

Mit dieser Gewissheit gehen wir an die Arbeit des Wiederaufbaues. Das Volkshaus soll gewaltiger und zwingender wie vor dem das Werden eine neuen Zeit ankündigen. Es soll ein

wichtiges Zeugnis der Solidarität der Arbeiterklasse werden; ein Beweis der eigenen Kraft, und daß unser die Zukunft ist trotz alledem!

Den Gewerkschaftskartellen gehen Material und Sammellisten zu. Der Wiederaufbau des Volkshauses erfolgt in eigener Regie. Aus dem Grunde ist rasche Hilfe angebracht, da Materialien und Löhne wöchentlich beträchtliche Mittel erfordern.

Darum noch einmal:

Gewerkschaftsgegnossen Deutschlands, helft uns beim Wiederaufbau!

Mit brüderlichem Gruß

Gewerkschaftskartell Leipzig, Gerberstr. 1.  
J. A.: Erich Schilling.



Auch die Vertreter unserer Organisation haben die schönen Räume des zerstörten Volkshauses kennen gelernt. 1913 fand unsere Generalversammlung dort statt, und nach dem Kriege fanden unsere Kollegen, die an den wiederholt in Leipzig stattgefundenen Vertragsverhandlungen mit den Unternehmern beteiligt waren, dort eine gastliche Unterkunftsstätte. Da ein Teil der Räume (Erdgeschoß und 1. Stock, sowie der Saalbau) vor der Zerstörung gerettet werden konnten, war es möglich, die Vorberatungen zu den Lohnverhandlungen im Mai und auch zu den letzten dort abzuhalten.

Alle Genossinnen und Genossen, die schon einmal Gelegenheit hatten, das jetzt leider recht arg zugerichtete Volkshaus kennen zu lernen, sind gewiß eines Lobes. Von diesem Lob gebührt auch ein nicht geringer Anteil der anerkannt tüchtigen Geschäftsleitung, die schon seit Jahren in den Händen eines ehemaligen Porzellaners, unseres auch für den Porzellanarbeiterverband schon recht regsam gewesenen Genossen Karl Widlein liegt. — Wir wünschen den Leipziger Genossen Glück zu dem Wiederaufbau des gastlichen Heimes.

## Aus unserem Berufe.

Niederschrift.

Verhandelt am 14. Juli 1920 im Bureau des Verbandes der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Anwesen:

Verbandssekretär Karl vom Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands und Herr Reppner, Mitglied des Hauptvorstandes des Gewerksvereins (Hirsch-Dunder) der deutschen Fabrik- und Handarbeiter.

Gegenstand der Verhandlungen bildet der Konflikt zwischen den beiden Organisationen, der dadurch entstanden ist, daß Herr

Reppler für den Gewerbeverein (Stirsch-Dunder) an den Arbeitgeberverband im März d. J. ohne vorherige Verständigung mit den anderen am Reichstarifvertrag für die deutsche feinkeramische Industrie beteiligten Arbeitnehmerorganisationen Forderungen für ein neues Lohnabkommen eingereicht hat.

Herr Reppler erkennt an, daß ein selbständiges Vorgehen der am Vertrage beteiligten Arbeitnehmerorganisationen nicht gebilligt werden kann und zu verurteilen ist, führt aber zu seiner Entschuldigung an, daß er Mitte März deshalb selbständig und ohne vorherige Verständigung mit dem Verband der Porzellan- und verw. Arbeiter und Arbeiterinnen an den Arbeitgeberverband Forderungen eingereicht habe, weil es ihm damals infolge der Einwirkungen des Rapp-Butsches nicht möglich erschien, noch rechtzeitig vor dem Stattfinden von Verhandlungen mit dem Porzellanarbeiterverband in Verbindung zu kommen.

Herr Reppler versichert für den Gewerbeverein, daß, solange die beiden Organisationen im gemeinsamen Vertragsverhältnis mit dem Arbeitgeberverband stehen, nicht mehr ohne vorherige Verständigung mit dem Porzellanarbeiterverband selbständig Forderungen eingereicht werden sollen, sondern vor jeder mit dem Tarifverträge und dem Lohnabkommen im Zusammenhang stehenden Aktion eine Verständigung mit dem Porzellanarbeiterverband herbeizuführen.

Verbandssekretär Karl erklärt, durch diese von Herrn Reppler gegebene Erklärung und Zusicherung den bestehenden Konflikt für beigelegt. Einer Teilnahme von Vertretern des Gewerbevereins an künftigen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband wird wegen dieses hiermit beigelegten Streitfalles nicht widersprochen. Der Gewerbeverein wird auch wieder wie jede andere am Reichstarifvertrag beteiligte Arbeitnehmerorganisation von jeder gemeinsam zu unternehmenden Aktion verständigt und zu eventuellen gemeinsamen Beratungen dieser Organisationen zugezogen.

Der Gewerbeverein zieht die beim Reichsarbeitsminister gegen den Porzellanarbeiterverband erhobene Beschwerde zurück.

Vorstehende Verhandlungsniederschrift wird in der nächsten Nummer der „Ameise“ sowie in der nächsten Nummer des „Deutschen Porzellanarbeiter“ veröffentlicht.

Gewerbeverein der deutschen Fabrik- und Handarbeiter,  
Abteilung Töpfer, Porzellanarbeiter und Ziegler.

H. Reppler.

Verband der Porzellan- und verw. Arbeiter und Arbeiterinnen.  
J. A.: H. Karl.

#### Die kolossal gestiegenen Arbeiterlöhne.

Der R. D. G. (Reichsverband Deutscher Spezialgeschäfte in Porzellan, Glas, Haus- und Küchengeräte, e. V.) hat sich mit einer Eingabe an das Reichswirtschaftsministerium gewandt. Zweck der Eingabe ist, den Handel gegen die Preisherabsetzungen zu schützen, wie sie unlängst in einer Reihe von Städten durchgesetzt wurden. Wir würden davon keine besondere Notiz genommen haben, weil wir natürlich auch den Händlern dasselbe Recht zugestehen, das wir für uns selbst in Anspruch nehmen, nämlich für eine größtmögliche Besserung ihrer Erwerbsverhältnisse einzutreten. Die Tatsache, daß die Händlerorganisation bei dieser Gelegenheit die Arbeiterschaft bei der Regierung anschwärzt, sie gewissermaßen als die Hauptschuldigen an den ungesunden Zuständen demünzt, nötigt uns, gegen dieses Gebaren schärfste Verwahrung einzulegen.

Nachdem sich die Händler in ihrer Eingabe darüber beklagen, daß sie den Fabrikanten gegenüber vollkommen machtlos sind, daß sie jeden Preis, den die gutorganisierten Fabrikanten durch ihre Organisationen festlegen lassen, wohl oder über zahlen, jede noch so harte Lieferungsbedingungen in den Kauf nehmen müssen, entschuldigen sie jedoch das Vorgehen der Fabrikanten damit, daß die kolossal gestiegenen Arbeiterlöhne dieses notwendig machen.

An einer anderen Stelle der Eingabe heißt es u. a.: „Wir wissen wohl, daß das Problem des Preisabbaues ein unendlich schwieriges ist, namentlich angesichts der ungeheuren wirtschaftspolitischen Einsichtslosigkeit eines großen Teiles der Arbeiter und Angestellten, die falsch verstandenen marxistischen Gedankengängen nachhängen.“

Anscheinend geben sich diese edlen Krämerseelen der Hoffnung hin, durch „Enttarnung“ des roten Lappens für sich etwas herauszuschlagen zu können.

Wer sich jetzt überzeugen will, in welchem Verhältnis die „kolossal“ gestiegenen Arbeiterlöhne zum Verdienst der Händler und Fabrikanten stehen, braucht nur einmal ein Stück Porzellan (z. B. ein Teller) beim Händler zu kaufen und sich dann danach zu erkundigen, wieviel an Arbeitslohn für das betreffende Stück gezahlt wurde, und für welchen Preis der Fabrikant das Stück an den Händler verkaufte. Wir kennen Porzellangegenstände, für die der Arbeitslohn im höchsten Falle 50 Pf. das Stück beträgt, für

das der Händler aber 12 Mk. verlangte, ein Preis, der in gar keinem Verhältnis zu den Herstellungskosten steht. Wir behaupten, daß der Verdienst des Händlers an jedem Stück und in jedem Falle um ein Vielfaches höher ist, als der „kolossale“ Lohn, den der Arbeiter dafür erhält. Ebenso behaupten wir, daß das Jahreseinkommen eines Händlers um ein ganz Bedeutendes und Vielfaches höher ist, als das Jahreseinkommen des qualifiziertesten Porzellanarbeiters, trotz der „kolossal“ gestiegenen Löhne. Wenn der Arbeiter, der von allen Seiten, als Produzent wie als Konsument, ganz gehörig gerupft wird, sein Einkommen den Bucherpreisen anzupassen sucht, die er für alle Nahrungsmittel und Bedarfsgegenstände zu zahlen hat, so nennt man das im Händlerjargon wirtschaftspolitische Einsichtslosigkeit und ein Anhängen an falsch verstandenen Marxismus.

Im großen und ganzen hat die Eingabe der Händler die Hehepistel aus ihrem Verbandsblatte übernommen, gegen die wir uns schon in den Nummern 20, 21, 23 und 24 der „Ameise“ gewandt haben. Wir brauchen deswegen heute nicht noch einmal näher auf dieses Machwerk einzugehen. Die Arbeiter der feinkeramischen Industrie werden sich durch das Gebelfer der Händler in ihrem Tun und Lassen nicht beirren lassen, sondern nach wie vor das tun, was ihre Interessen erheischen.

Köppelsdorf. Bei der Firma Demmlers Wm. in Blechhammer stehen die Arbeiter mit der Firma in Differenzen. Die Firma verweigert die Zahlung des vom 1. Juni ab zu zahlenden tarifmäßigen Lohnzuschlages von 10 bzw. 15 Proz. Wir bitten alle Kollegen und Kolleginnen, diese Firma mit Arbeitsangeboten zu verschonen. Die Verwaltung. J. A.: Wurlart.

Waldburg-Altwaßer. Die „Schlesische Bergwacht“ schreibt:

Fabrikantenstreik bei den Firmen Tielsch und Krister. Am Dienstag legten die Maurer dieser beiden Fabriken die Arbeit nieder, weil die Direktionen einer Vereinbarung, die im April d. J. zwischen dem Bauarbeiterverband und beiden Betrieben getroffen worden waren, nicht nachgekommen sind. Die Vereinbarung bestimmt, daß der Lohn eines Fabrikantenmaurers 15 Pf. unter dem jeweiligen Lohn des im Hochbautarifvertrage festgelegten betragen solle, um bei den unstabilen Lohnverhältnissen wegen der geringen Anzahl der Fabrikantenmaurer nicht fortgesetzt besondere Verhandlungen führen zu müssen und um dadurch ein dauerndes, festes Lohnverhältnis für die Maurer zu schaffen. Diese Vereinbarung wurde nur auf Treu und Glauben mündlich getroffen und wird heute von den Betriebsleitungen insoweit bestritten, daß mit dem dauernden Verhältnis nur die Zeit bis zu neuen Lohnregulierungen im Hochbau gemeint sein sollte. Ferner machten die Betriebsleitungen die für die Porzellanindustrie für allgemein verbindlich erklärten Tarifverträge geltend. Die Maurer würden diesem auch beipflichtet haben, wenn die Betriebsleitungen so konsequent gewesen wären, die den Porzellanarbeitern gewährte Lohnzulage von 10 Proz. auch den Maurern zu geben. In dem einen Betriebe hatte man auch schon diese 10 Proz. gezahlt, sie jedoch bei der nächsten Lohnzahlung wieder in Abzug gebracht, jedenfalls, weil man auf dem Abkommen mit dem Bauarbeiterverbande faßte. Nun, da der Lohn für die Hochbaumaurer etwas höher vereinbart ist und dadurch auch für die Fabrikantenmaurer ein höherer Lohn auf Grund der Vereinbarung vom April herauskommt, zieht man den billigeren Porzellanarbeitertarifvertrag heran und bietet nachträglich die 10 Proz. Zulage auch den Maurern an. Der Schlichtungsausschuß, der von den Unternehmern angerufen worden war, entschied zu deren Gunsten. Die Maurer ziehen es aber in diesem Falle vor, die an und für sich ungesunde Arbeit in der Fabrik zu meiden.

#### Aus anderen Organisationen.

Der Sattler-, Tapezierer- und Portefeuilerverband nach der Verschmelzung.

Am 1. Mai hat die Verschmelzung der Verbände der Sattler und Portefeuille und des Tapeziererverbandes zu einem Einheitsverbande stattgefunden. Die Schlussrechnung der beiden Verbände liegt jetzt vor. Wir entnehmen ihr folgenden Auszug: Der Sattlerverband schließt ab mit einer Mitgliederzahl von 28 281, davon 6584 weibliche Mitglieder, der Tapeziererverband mit 14 534 Mitgliedern, davon 1564 weibliche. Die Mitgliederzahl, mit welcher der Sattler-, Tapezierer- und Portefeuilerverband am 1. Mai 1920 ins Leben trat, beträgt somit 62 815, davon 8148 weibliche Mitglieder. Das Vermögen des Sattler- und Portefeuilerverbandes betrug 1 058 513,03 Mk., das des Tapeziererverbandes 432 097,57 Mk. Das ergibt ein Gesamtvermögen von 1 490 610,60 Mk., mit dem der Sattler-, Tapezierer- und Portefeuilerverband ins Leben trat.

#### Vermischtes.

In Nr. 7 der „Vollstärker“ vom Juli, Organ der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Versicherungsgesellschaft „Vollstärker“, finden wir die nachstehende Notiz:

#### Gute Erfolge.

In dem gewerkschaftlichen Nachorgan der Porzellanarbeiter, die „Ameise“ (Nr. 23), finden wir Berichte aus Magdeburg und Nürnberg über Mitgliederversammlungen, die sich mit dem Verstand

rungsweisen und der Volksfürsorge befaßten. In ersterer gelang es unserem Freund und Rechnungsführer Baer, eine große Zahl Aufnahmen nach seinem Vortrage zu erzielen, und in letzterer konnte unser Nürnberger Freund Ringelhan mit seinen vortrefflichen Ausführungen, die er an Hand von Beispielen aus unserer Zeitung beweiskräftig gestaltete, den letzten Rest der Zahlstellenmitglieder in die Volksfürsorge aufnehmen, so daß nunmehr alle organisierten Porzellanarbeiter in Nürnberg in der Volksfürsorge versichert sind. Bravo! Nun geht hin, ihr gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aller Berufe, und tut dergleichen.

## Versammlungsberichte.

**Nod und Teich.** Die am 22. Juli stattgefundene Betriebsversammlung erfreute sich eines guten Besuches. Der anwesende Geschäftsführer, Genosse Erdmann-Gräfenhal, berichtete über die Lohnklassenversetzung, sowie über das letzte Lohnabkommen. In der Diskussion sprachen alle Redner ihren Unwillen gegen das Unternehmertum aus, baldigst mit dem Lohnabbau zu beginnen. Die Versammlung stellte sich einstimmig auf den Standpunkt, daß die Vorbedingungen zu einem Lohnabbau noch nicht gegeben sind und es vielmehr angebracht wäre, noch eine Lohnaufbesserung zu gewähren. Sollte aber der Lohnabbau wirklich beginnen, so dürfte derselbe sich nicht gleichmäßig verteilen. In den unteren Lohnklassen dürfte auf alle Fälle der Abbau sich nicht so stark vollziehen, als in den oberen Klassen, da überhaupt die Klasseneinteilung ein großes Unrecht sei. Weiter wünscht die Versammlung, daß bei künftigen Lohnverhandlungen auch ein Vertreter unseres Bezirkes hinzugezogen werde. Die Abstimmung über die Beitragserhöhung brachte ein einstimmiges Resultat für die Erhöhung der Beiträge.

**Flörsheim a. M.** In der am 19. Juli stattgefundenen Betriebsversammlung wurde das neue Lohnabkommen, sowie das Rundschreiben des Hauptvorstandes betreffs der Verhandlungen am 9. Juli in Leipzig gründlich durchgesprochen. Die ersten Debatten zeigten, wie die Arbeiterschaft immer mehr Mißtrauen den Arbeitgebern entgegenbringen muß. Kollege Zahn als Gauleiter ist anwesend und schildert eingehend die Vorgänge in Leipzig. Die außerordentlich stark besuchte Versammlung bewies, welche Haltung die Arbeiterschaft einnehmen müsse. Als auch noch vom Lohnabbau die Rede war, machte sich ein Sturm der Entrüstung geltend, der sich in Zwischenrufen Luft machte: „Die Herren sollen erst einmal ihre letzten tariflichen Abmachungen erfüllen, nämlich die 10 resp. 15 Proz. auf die Effektivlöhne!“ Im wahren Sinne des Wortes ist es leider hier so. Gauleiter Zahn rüttelte den Betriebsrat auf, um sich auf keinen Fall von der Betriebsleitung einschläfern zu lassen. Ferner bringt die Versetzung in eine höhere Lohnklasse reichlichen Stoff, um endlich einmal denen, die es angeht, begreiflich zu machen, in welcher guten ländlichen Verhältnissen der Porzellanarbeiter in Flörsheim lebt. Es wurde als eine „bodenlose Unverschämtheit“ bezeichnet, wenn wir im Zentrum von fast drei Großstädten liegen: Mainz, Wiesbaden, Frankfurt a. M., wo von diesen zu fast unerschwinglichen Preisen alles aufgekauft wird, zu sagen: „Dort sind ländliche Verhältnisse!“ Mit einem Wort gesagt, ist der Arbeiter nicht in der Lage, selbst, wenn er oftmals das Geld in der Hand hat, etwas zu bekommen. Dies nennt die Welt „ländliche Verhältnisse“. — Einstimmig soll der Hauptvorstand sofort angegangen werden zur Versetzung in die 1. Lohnklasse. Eine Resolution mit scharfem Protest gegen das letzte Lohnabkommen wurde angenommen. Sodann folgte eine Reihe von Anträgen, hauptsächlich Gießerei betreffend, wonach nicht mehr unter Mittag gearbeitet werden darf, sowie für die Zukunft Abkäufer bestellt werden sollen. Der Betriebsrat wird hiermit betraut.

Da unter Punkt „Verschiedenes“ niemand mehr etwas vorzubringen hatte, forderte der Vorsitzende alle Mitglieder auf, nicht im Betriebe von Versammlungen zu sprechen. Er legte allen ans Herz, dafür zu sorgen, in den Versammlungen zu erscheinen, denn auf keinen Fall mehr würde der Vorstand für „Eäumige“ eintreten.

**Frankfurt a. O.** Die am 20. Juli stattgefundene Zahlstellenversammlung war leider sehr schlecht besucht, was man in Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung nicht erwartet hätte. Hatten es doch von 235 Mitgliedern nur 107 für nötig befunden, zu erscheinen. Zunächst erstattete der Kassierer den Kassenbericht. Ihm wurde auf Antrag der Revisoren einstimmig Entlastung erteilt. Sodann ergriff Genosse Karl das Wort, um unseren Mitgliedern die Notwendigkeit der Beitragserhöhung vor Augen zu führen. Ausgehend von dem Zweck und Ziel der gewerkschaftlichen Organisation, erläuterte er die Frage: Warum ist der Hauptvorstand nicht schon eher einer Beitragserhöhung nähergetreten? Als im September 1919 unsere Generalversammlung tagte, konnte man noch nicht ahnen, daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse so ungünstig gestalten würden. Man erachtet einen Beitrag von 1,50 Mk. für vollständig hoch genug bei einem Verdienst von 65 Mk. Wie liegen nun die Verhältnisse heute? Die Löhne sind seit der Generalversammlung bedeutend gestiegen, um nur einigermaßen mit der Teuerung Schritt zu halten. In demselben Maße sind auch die Ausgaben des Verbandes gestiegen. Sollen die Einnahmen des Verbandes auf der alten Höhe bleiben, ist es unmöglich, daß ein Verband noch existenzfähig ist. Jedes einsichtige Mitglied muß das einsehen und dem Verbandsrat das geben, was unbedingt nötig ist. Je fester und geschlossener unsere Mitglieder zusammenstehen, desto günstiger sind die kommenden Tarifverhandlungen. Redner streift anschließend die letzten Tarifverhandlungen, wo die Unternehmer den ersten Willen hatten, die Löhne abzubauen. Nach langwierigen Verhandlungen ist es gelungen, dieses abzuwehren, so daß der alte Tarif mit 14tägiger Kündigung weiterläuft. Wie eilig es jetzt die Unternehmer haben, beweist die Tatsache, daß sie schon 14 Tage vor der Zeit unseren Tarif gekündigt haben. An der Geschlossenheit unserer Mitglieder liegt es nun, zu zeigen, daß an einem Abbau der Löhne in der jetzigen Zeit noch nicht zu denken ist. Genosse Karl ersuchte zum Schluß, dem wohlbedachten Antrag des Vorstandes zuzustimmen. In der darauffolgenden Diskussion trat ein Kollege warm für den Einheitsverband ein. Genosse Karl erläuterte in längeren Ausführungen diese Anregung und betonte, daß man sich damit schon mehrmals beschäftigt habe. Die darauffolgende Abstimmung ergab, daß der

größte Teil der anwesenden Mitglieder die Notwendigkeit der Beitragserhöhung erkannt habe. 81 stimmten mit ja, 26 mit nein. Zu bedauern ist nur, daß die Hälfte unserer Mitglieder durch Schwänzen der Versammlung um die lehrreichen Ausführungen des Genossen Karl gekommen sind. Unter „Verschiedenes“ wird nur eine Frage gestellt, die vom Betriebsrat beantwortet wird. Darauf schließt der Vorsitzende mit einem Appell an alle Mitglieder, die Versammlungen künftig besser zu besuchen, die Versammlung.

**Gotha.** Die am 14. Juli stattgefundene Zahlstellenversammlung beschäftigte sich in der Hauptsache mit dem letzten Lohnabkommen. Müßten schon die Vereinbarungen vom 1. Juni als völlig ungenügend bezeichnet werden, so löste es helle Empörung aus, daß die Arbeitgeber versuchen, schon jetzt die Löhne abzubauen. Sind doch gerade die Porzellanarbeiter die allerletzten gewesen, die höhere Löhne erhalten haben, trotzdem die Preise für Porzellan schon um 150–200 Proz. gestiegen waren. Wenn von Unternehmenseite angeführt wird, daß jetzt eine allgemeine Preissenkung stattfindet, so ist das eine Irreführung. Was will es bedeuten, wenn z. B. die Preise der Schuhwaren, die dank dem freien Handel eine wahnsinnige Höhe erreicht hatten, um 10–20 Proz. herabgesetzt werden und dennoch das 15- bis 20fache gegenüber dem Friedenspreise betragen? Oder wenn Obst und Gemüse eine geringe Ermäßigung erfahren? Deshalb kann die Arbeiterschaft noch lange nicht an einen Abbau der Löhne denken. Es muß doch diesen Herren auch bekannt sein, daß im Gegensatz hierzu in den letzten Wochen die Preise für die allernotwendigsten Lebensmittel, wie Weizen, Korn, Gerste, Kartoffeln usw., vom Reichsernährungsminister gewaltig in die Höhe geschraubt sind, um 250 bis 300 Proz. gegen das Vorjahr. Ferner, daß die Kohlenbarone dabei sind, dem Volke wieder neue Lasten aufzubürden. Und da wagt man es, von einem Abbau der Löhne zu sprechen! Hier muß der Hebel angelegt werden. Bevor nicht bei diesen Produkten eine bemerkenswerte Preissenkung eintritt, können die Arbeiter einem Abbau der Löhne auf keinen Fall ihre Zustimmung geben, im Gegenteil fordern die Arbeiter im Hinblick auf diese Verhältnisse eine Lohnerhöhung von mindestens 25 Proz.

Scharf gerügt wurde das Verhalten der Vertreter bei den letzten Verhandlungen, daß selbige so ergebnislos verlaufen sind; die Versammlung forderte, daß zugunsten der Arbeiterschaft das Versäumte bald nachgeholt wird.

Als weiterer Punkt stand die von Hauptvorstand beantragte Beitragserhöhung auf der Tagesordnung. Es wurde von den meisten Kollegen anerkannt, daß im Hinblick auf die kommenden Verhältnisse es sich unbedingt notwendig macht, die Kasse zu stärken, um allen Ereignissen die Stirn bieten zu können. Die Erhöhung wurde schon in einer früheren außerordentlichen Versammlung mit großer Mehrheit angenommen.

Nun noch ein Wort an die Mitglieder, die ständig die Versammlungen schwänzen, sind es doch meist diejenigen, die schärfste Kritik üben, wenn es nicht nach ihren Wünschen geht. Über Versammlungen besuchen oder einen Posten bekleiden, das fällt ihnen nicht ein, das können andere machen. Auf den Stuben schimpfen ist ja auch leichter, als selbst mittaten. Ebenso ist es jetzt mit der Beitragserhöhung. Da steht bei manchem ein gewaltiger Sturm ein. Daß aber auch eine Organisation, soll sie leistungsfähig bleiben, unter den heutigen Verhältnissen mit dem bisherigen geringen Beitrag nicht mehr auskommen kann, ebenso wie der Arbeiter mit seinem Lohn, das sehen sie nicht ein oder wollen es nicht einsehen. Sie mögen sich einmal das Verwerfliche ihrer Handlungsweise vor Augen führen und in Zukunft anders handeln. Ihre Wünsche und Beschwerden sollen sie da vorbringen, wo es am Platze ist, in den Versammlungen und gemeinsam und verträglich mit ihren Kollegen zusammenwirken, dann wird auch manches anders werden. Gerade in der jetzigen Zeit ist es mehr denn je eine unbedingte Notwendigkeit, wenn es vorwärts gehen soll.

**Großbreitenbach.** Die 1. Versammlung seit dem Zusammenschluß der hiesigen Zahlstelle mit Ilmenau. Anwesend sind: der Vorsitzende, Kollege Becker (Langwieschen), Lokalbeamter Kollege Brehme und Schriftführer Leßler (Ilmenau).

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung hätte die Versammlung besser besucht sein müssen. Hieran mag auch die wirtschaftliche Krise schuld sein. Einige Betriebe arbeiten beschränkt, einige gar nicht. Ein großer Teil der hiesigen Porzellanarbeiter ist daher gezwungen, Unterschlupf in der noch gut florierenden Glasindustrie zu suchen, resp. Notstandsarbeiten zu verrichten. Was soll nun werden, wenn diese beendet sind? Doch das nebenbei. Zu Punkt 1 erteilt der Vorsitzende dem Kollegen Brehme das Wort. Derselbe geht näher auf die Verhandlungen in Leipzig ein und schildert, warum unter den jeweiligen Verhältnissen nicht mehr für die Kollegen herauszuholen war. Die Versammlung spricht Kollegen Brehme ihr Vertrauen aus, protestiert aber ganz entschieden gegen die Zumutung der Arbeitgeber, unter den jetzt noch bestehenden Teuerungsverhältnissen an einen Lohnabbau heranzugehen.

Nachdem der Vorsitzende und Kollege Höhn auf die Notwendigkeit der Beitragserhöhung hingewiesen, stimmen 53 Mitglieder dafür, 25 dagegen, 4 Zettel sind unbeschrieben. Zu Punkt 3 geht der Vorsitzende auf das Betriebsrätegesetz ein und führt aus, daß schon etwas für die Arbeiter herauszuholen sei, vorausgesetzt, daß für die Betriebsräte geeignete energische Leute da sind. Kollege Rob geht als Vorsitzender der hiesigen Betriebsräte auf die Unvollkommenheiten des Gesetzes ein. Unter Betriebsangelegenheiten gibt Kollege Alb. Hartwich (Firma Bühl) bekannt, daß die Firma Entlassungen vornehmen will. Der Betriebsrat soll die zu entlassenden Kollegen ansuchen. Der Betriebsrat will sich zu einer solchen unwürdigen Handlung nicht hergeben. Von der Firma Eginh. Harrah werden unbaltbare Zustände berichtet. Bei der Firma Bochert tut etwas mehr Solidarität not. Bei den übrigen scheint es einigermaßen in Ordnung zu sein. Von den kleineren Malereien ist noch zu erwähnen Gebr. Rämter; diese „Weltfirma“ zahlt die 35 Proz. nicht, die Firma Bepermann sucht den tarifmäßigen Urlaub zu kürzen. Herr Bepermann selbst legt sich seelenvergnügt 4 Wochen in die Sommerfrische. Unter Punkt 5 stellt Kollege Hartwich den Antrag, bei künftigen Verhandlungen dahin zu wirken, daß den Arbeiterinnen höhere Löhne gezahlt werden. Kollege

Noch macht noch Ausführungen über den Schiedspruch des Gauschiedsgerichts in Ilmenau, durch den Großbreitenbach aus Vorklasse III in II b versetzt wird. Recht unangenehm berührt die Mitteilung des Kollegen Noß, daß ihm nachgeredet wird, er sei von den Arbeitgebern bestochen, die Versetzung in die höhere Klasse zu sabotieren, trotzdem Kollege Brehme bezeugt, daß gerade Noß sich zugunsten des Urteils ganz besonders ins Zeug gelegt hat. Kollegen, das darf es nicht geben, Zwietracht ist schnell getan, sie wuchert wie das Unkraut auf dem Acker zum Nutzen der Unternehmer. Von gegnerischer Seite wird alles getan, um eure politischen Führer zu beschmutzen. Haltet die Betriebe rein davon, heute scheint es eine Tugend zu sein, jeden im öffentlichen Leben stehenden Menschen zu verdächtigen und mißtrauisch zu betrachten. Die Folge könnte sein, daß sich kein befähigter und intelligenter Kollege bestimmen läßt, irgendwelchen Posten in der Arbeiterbewegung zu bekleiden. Würde dies euer Nutzen oder der des Arbeitgebers sein? Im politischen Leben ist der Ausspruch gefallen: „Ein jedes Volk hat die Regierung, die es verdient“, hier könnte es sonst heißen: „Ihr habt die Arbeitgeber, die ihr verdient“. In der heutigen revolutionären Zeit ist kein Platz für alte Weiber und Klatzbasen. Heute ist es zeitgemäßer, Euch zuzurufen: „Und seht ihr nicht das Leben ein, nie wird Euch das Leben gewonnen sein“.

**Köln.** Versammlung vom 6. Juli. Der Vorsitzende sprach zu Punkt 1 der Tagesordnung, Vortrag über: „Bildungsbestrebungen“, einige einleitende Worte, die bewiesen, daß die Bildungsbestrebungen der Mitglieder hiesiger Zahlstelle die Zahlstellenverwaltung veranlassen, eine Reihe von Vorträgen von dazu befähigten Referenten zu halten. Hierauf wurde der Referentin, Fräulein Otto, das Wort erteilt. Die Referentin ging davon aus, daß Bildung Allgemeinwissen bedeute, denn alle Spezialwissenschaften der jetzigen Zeit könne kein Mensch mehr umfassen. Bildung bedeutet eine Steigerung des geistigen Lebens. Der Mensch, der Bildung besitzt, erwirbt mit ihr die Fähigkeit einer eigenen Kritik auf geistigem Gebiet. Er lernt den Unterschied kennen zwischen guten und unbedeutenden Werken unserer Dichter und Wissenschaftler.

Der Bildungshunger der arbeitenden Klasse wurde von der früheren Regierungskaste immer stark eingedämmt. Man lernte dem Proletariatskind in der Schule nur soviel, wie es zur Ausbeutung durch den Kapitalismus für diesen vorteilhaft verwerten konnte, und ferner für den Staat ein zufriedener, Steuerzahlender Bürger und ein seinen Landesfürsten liebender Soldat zu werden. Da nun die Revolution große Umwälzungen brachte und auch das Lehrwesen der staatlichen Schulen reformbedürftig ist, verlangen unsere modernen Pädagogen und nicht zuletzt das Volk selbst, dem Kinde endlich den Weg zur geistigen Bildung freizumachen. Da Referentin selbst Lehrerin ist, wies sie darauf hin, daß in der Volksschule unbedingt der Arbeitsunterricht einzuführen sei. Dieser Arbeitsunterricht sei nun kein schematisches Arbeiten, sondern eine andauernde Prüfung der Fähigkeit des Kindes, ob es zum Handwerk oder zur Wissenschaft taugte. Gerade die freie Schule bietet die beste Gewähr dafür, daß das Kind zum selbsttätigen Menschen erzogen und als solcher im späteren Leben wirken soll. Die Volksschule muß die Schule der allgemeinen Volksbildung werden. Nach dem Kriege ist die sittliche Wiedergeburt des Volkes die höchste Pflicht. Wir Sozialisten sehen gerade in der freien Volksschule den geeignetsten Ort, wo unseren Kindern die sittliche Reife fürs Leben gegeben werden kann. Die Freiheit der Schule bedeutet darum nicht bloße Gleichmacherei, sondern wir Arbeiter erblicken in ihr die Quelle, in der uns der Weg zur geistigen und wirtschaftlichen Macht entspringt. Die deutsche Arbeiterkraft muß die Aufgabe erfüllen, auf dem Wege der Volksbildung an erster Stelle zu marschieren. Bildung ist Wissen, und dieses bedeutet Macht! Die Versammlung dankte der Referentin für ihren belehrenden, leicht faßlichen Vortrag.

Man ging dann zu Punkt 2 der Tagesordnung über: „Abstimmung über die erhöhten Beiträge“. Nachdem die Meinungen für und wider zur lebhaften Debatte führten, rang sich zum Schluß doch die Auffassung durch, daß wir unbedingt für kommende Kämpfe, seien es Lohnkämpfe oder Abwehrmaßnahmen gegen die Unternehmer, gewappnet sein müssen. Nur ein starker Fonds bietet uns Gewähr dafür, aus einem solchen Kampfe als der gewinnende Teil hervorzugehen. Die Abstimmung ergab 63 für Erhöhung des Beitrages und 3 dagegen, ein Beweis, daß die Mitglieder der Zahlstelle volles Verständnis für die Wichtigkeit der Abstimmung haben.

Unter Punkt 3: „Verschiedenes“, wurde unter anderem über die Schließung des Betriebes der Firma Mißrath, Amos & Comp. debattiert. Der Betrieb wurde vor etlichen Tagen wegen angeblichen Mangel an Aufträgen geschlossen, aber etliche Tage später wieder eröffnet. Alle Kollegen, bis auf vier, sind wieder eingestellt worden. Unter den letzteren sind zwei Kollegen im Betriebsrat, einer sogar als Obmann. Da sie von der Firma nicht wieder eingestellt wurden, liegt der Verdacht sehr nahe, daß sie die Interessen ihrer Kollegen zu gut vertreten haben. Ein Verfahren auf Wiedereinstellung bei der Firma ist von den nicht eingestellten Kollegen vor dem hiesigen Schlichtungsausschuß anhängig gemacht worden. Da zurzeit das Verfahren noch schwebt, sollen die Kollegen der betreffenden Firma versuchen, auf gutem Wege die Einstellung zu erwirken. Nachdem die Zeit schon weit vorgeschritten war, wurde die Versammlung geschlossen. Den notorischen Versammlungsschwänzern sei von dieser Stelle aus noch gesagt, daß sie in Zukunft ebenso wie die anderen Kollegen die Versammlungen besuchen mögen. Wir erwarten in unserer Zahlstelle nicht nur zahlende Mitglieder, sondern Kollegen, die mitraten und -taten.

**Königszell.** Die am 19. Juli stattgefundene Zahlstellenversammlung nahm Kenntnis von den Lohnverhandlungen in Leipzig am 2. Juli. Es wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt:

Die Kollegen sehen mit Empörung das Vorhaben der Unternehmer, in einer Zeit, wo die Kosten des Lebensunterhaltes noch stark steigen und das Einkommen durch hohe Abzüge bedeutend vermindert wird, mit Lohnabsenkungen zu beginnen, zurück! — Diese Absicht zeigt wieder einmal so recht, welches Verständnis diese Herren haben von der Lage der Arbeiterkraft haben. Es ist ein Wahnsinn, nach so leichtfertigen Absagen einiger jugendlicher Verschwender auf zu hohe oder auch nur ausreichende Löhne zu schließen. Die Unter-

nehmer mögen sich gefaßt sein lassen, daß die Arbeiterkraft mit allen Mitteln dagegen ankämpfen wird, sich in eine noch unerträgliche Notlage herabdrücken zu lassen. Die Versammlung protestiert allem Nachdruck gegen die Rücksichtslosigkeit des Arbeitgeberverbandes die beschiedenen Forderungen unseres Verbandes zurückzumerken. Man sollte die Herren Aktionäre und Direktoren einmal auf Arbeiterereinnahmen und Lebensmittelerhöhungen setzen. — Die Versammlung kann sich nicht denken, daß die Arbeitervertreter ein derartiges Abkommen in jetziger Zeit annehmen könnten, und verlangt 40prozentige Lohnerhöhung.

**Köppelsdorf.** Die in der Zeit vom 9.—20. Juli abgehaltene Versammlungen in den Orten Köppelsdorf, Neuhaus b. Eb., B. grub, Conneberg, Steinach, Hüttengrund, Hüttensteinach und Seibach waren ziemlich gut besucht. Es wurde in den Versammlungen vom Geschäftsführer die Notwendigkeit der Beitragserhöhung lautert, die auch zum größten Teil von den Mitgliedern anerkannt wurde. Die in den Versammlungen vorgenommene Abstimmung gab folgendes Resultat: Es stimmten mit ja 916, mit nein 179 Mitglieder; 21 Stimmen waren ungültig. Zu den am 9. Juli stattgefundenen Verhandlungen über das Lohnabkommen wurde Stellung genommen. Es gelangte nachstehende Resolution zur Annahme: Porzellanarbeiterschaft des Kreises Conneberg protestiert ganz entschieden gegen das Vorhaben der Unternehmer bei den Lohnverhandlungen am 9. Juli in Leipzig. Da im Conneberger Bezirk von einer Verbilligung der Lebensmittel und Bedarfsartikel noch nichts zu spüren ist, muß die Porzellanarbeiterschaft des hiesigen Bezirks eine Lohnabbau, wie ihn die Unternehmerorganisation in Leipzig vorgeschlagen brachte, aufs entschiedenste zurückweisen. Da die Löhne hiesigen Bezirks den heutigen Lebensverhältnissen entsprechend noch ganz unzureichend sind, fordert die Porzellanarbeiterschaft des Conneberger Bezirks den Hauptvorstand auf, bei den neuen Lohnverhandlungen mindestens 30 Proz. Zuschlag zu fordern. Für die Arbeiter, Kohlenauslager usw. wird ein entsprechender Zuschlag Abnützung der Kleidung und Schuhwerk gefordert. Die Versammlungen waren alle von einem guten Geiste befeelt. Die Arbeiterkraft des hiesigen Bezirks ist keineswegs gewillt, sich jetzt einen Lohnabgang gefallen zu lassen.

**Meuselwitz.** Die am 6. Juli im Volkshaus stattgefundene Zahlstellenversammlung erfreute sich eines sehr guten Besuches. Zunächst erhielt Kollege Rohle das Wort und erstattete den Kassensbericht vom 2. Quartal. Kollege Koller erstattete dann den Bericht über die letzten Kartellkämpfe in ausführlicher Weise. Besondere Beachtung fand, daß sich der hiesige Werkmeister- und Gastwirtsgehilfenverband dem hiesigen Kartell angeschlossen haben. Gleichzeitig wurde die Gelegenheit Rohle betreffs Beschäftigung von verheirateten Frauen einer scharfen Kritik unterzogen. Da die letztere Angelegenheit nicht völlig geklärt, ist von Seiten des Kartells die von den Betriebsräten des Meuselwitzer Industriegebietes eingesetzte Kommission beauftragt, die Sache zu regeln.

**Beitragserhöhung:** Der Vorsitzende erläuterte in ausführlicher Weise, daß statutengemäß die vom Hauptvorstand beschlossene wöchentliche Beitragserhöhung ohne weiteres zu zahlen ist. Das weitere Zahlen der erhöhten Beiträge hängt von der Urabstimmung vom 9. bis 20. Juli zu erfolgen hat, ab. Es sei ja klar, daß die Ausgaben des Verbandes, wie ja auch in den Artikeln in der „Arbeiterzeitung“, erheblich gestiegen sind. Allerdings kommt die Erhöhung reichlich spät insofern, da jetzt die Krankenkassenbeiträge um das Vielfache erhöht worden sind, dazu der 10 prozentige Steuerabzug; das ist eine Belastung der Arbeiter, die jeder schwer empfindet. Der Vorsitzende bemerkt, daß bei den nächsten Verhandlungen, die sich in einigen Tagen in Leipzig abwickeln, von Seiten unseres Hauptvorstandes mit allem Nachdruck dahingehend gearbeitet wird, daß ein entsprechender Zuschlag zu erwarten ist, da ja auch die anderen Verbände, wie Bergarbeiter, Maurer usw., vor der Beitragserhöhung für sich sorgten, daß ihren Mitgliedern die Erhöhung der Beiträge leicht wurde. Im übrigen möge jedes Mitglied die „Arbeiterzeitung“ fleißig studieren. In dieser kann man die Notwendigkeit der Erhöhung lesen und jedes Mitglied kann sich dann gleich das Urteil selbst bilden. Die Urabstimmung selbst würde in einer Betriebsversammlung stattfinden.

**Bericht des Betriebsrates:** Kollege Sandig erstattet den Bericht und gibt bekannt, daß sich eine Verhandlung betreffs Lohnerhöhung der Schlosser notwendig machte. Bei dem letzten 10-Proz.-Zuschlag hieß es für dauernd in Stundenlohn Arbeitende 15 Proz. Unter diesen Arbeitern befinden sich auch die Schlosser. Von Seite der Firma wurde nachgewiesen, daß die Schlosser Nacharbeiter und nicht sonstige Arbeiter sind, also unter den 10-Proz.-Zuschlag zu fallen. Bei der darauffolgenden Verhandlung, an der außer dem Vorsitzenden auch 2 Schlosser teilnahmen, wurde ein günstiges Resultat erzielt. Es erhielten die über 24 Jahre alten einen Zuschlag von 1,03 Mk., die unter 24 bzw. unter 20 Jahren weniger Zuschlag. Betreffs des Steuerabzuges hat sich der Vorsitzende bei den zuständigen Stellen: Bergarbeiterverband und Finanzamt, erkundigt. Bei den Bergarbeitern soll der Abzug am nächsten Freitag erfolgen, die rückständigen Steuern sollen zu einem Drittel jede Woche mitgezogen werden, währenddem in allen anderen Betrieben die Steuern wie bei uns abgezogen werden. Es wäre besser gewesen, der Abzug hätte schon vor der Wahl stattgefunden; manchem Wähler wären dann die Augen sicher aufgegangen, wenn er seine Stimme zu geben hätte.

Nach verschiedenen kleineren Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Neuhaus a. Mos.** Die am 19. Juli im „Grünen Baum“ stattgefundene Versammlung nahm u. a. auch Stellung zum Lohnabkommen. Nachdem unser Lokalbeamter, Genosse Erdmann, das Rundschreiben des Hauptvorstandes, den letzten Tarif betreffend, zur Verlesung gebracht und erläutert, setzte eine rege Diskussion ein. Alle Kollegen, die zu dieser Angelegenheit sprachen, drückten ihre schärfste Mißbilligung über das letzte Abkommen aus. Denn trotzdem bei uns auf dem Walde von einer Verbilligung der Lebensmittel und Bedarfsartikel noch nichts zu spüren ist, haben die Herren Unternehmer nicht nur eine Erhöhung der Löhne direkt abgelehnt, sondern sie planen sogar einen baldigen Abbau derselben. Jeder vernünftige Mensch wird nun sagen müssen, daß, wenn die Teuerung so weiter anhält, es

einen Abbau der Löhne nicht gedacht werden kann, wenn die Arbeiterschaft, die sowieso furchtbar unter den jetzigen Zuständen zu leiden hat, nicht noch mehr perlenenden soll. Die Versammlung erhebt deshalb auch einstimmig schärfsten Protest und fordert vor allen Dingen erst planmäßigen Abbau der Preise sämtlicher Lebensmittel und Bedarfsartikel, ehe die Löhne herabgesetzt werden. Wir fordern sämtliche Mitglieder unserer Organisation auf, sich unserem Protest einmütig anzuschließen. Kollegen! Wir und unsere Familien haben in diesem Kriege unsägliche Leiden geduldet getragen. Wir wissen aber auch, daß die Kapitalisten vor, während und auch nach dem Kriege ungeheure Reichtümer auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung eingestrichelt haben. Es ist unser gutes Recht, zu verlangen, daß erst einmal die Herren Unternehmer einige Opfer bringen, ehe man weitere von uns verlangt. Deshalb, Kollegen, haltet die Augen offen! Laßt uns stündlich zur Abwehr bereit stehen. An der Macht und an der Geschlossenheit der Massen müssen die Absichten auf jener Seite scheitern.

**Nieder-Salzbrunn.** Am 19. Juli versammelten sich die Arbeiter und Arbeiterinnen der Betriebe Franz Prause und Hermann Ohme im Gasthof zur Eisenbahn, um den Bericht von den zentralen Verhandlungen über ein neues Lohnabkommen in Leipzig entgegenzunehmen. Den Ausführungen des Kollegen Hillmer wurde mit großem Interesse gefolgt. In der dem Bericht folgenden Aussprache zeigte sich eine allgemeine große Entrüstung über die Absichten und Anmaßungen der Arbeitgebervertreter den Arbeitnehmern gegenüber. Die Arbeitgeber verlangen den Abbau der Arbeitslöhne in einer Zeit, wo sich die Arbeiterschaft in einer ständigen Notlage befindet und noch befindet. Durch die Erhöhungen der Mieten, des Wassergeldes, der Beleuchtung, der Brennstoffe, der Krankenkassenbeiträge, den 10-Proz.-Steuerabzug usw. ist die Arbeiterschaft noch schlechter gestellt, als bei dem letzten Lohnabkommen. Die Arbeiterschaft hat ständig Not leiden müssen, auch in der Zeit, wo die Betriebe hohe Dividenden abwarfen, wo größere Betriebe Millionen verdienten. Anstatt nun allen denen, die die Werte geschaffen, die den Unternehmern durch ihren Fleiß diese Riesengewinne in den Schoß warfen, einen auskömmlichen Verdienst zu gewähren, glauben es die Unternehmer der Arbeiterschaft mit Lohnabzügen danken zu müssen. Seit steht, daß die Industriellen der Porzellanindustrie die letzten waren, die durch eine Aufbesserung der Löhne der Arbeiterschaft in der Zeit der andauernden Steigerung aller Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände entgegenkamen und nun beim Abbau der Arbeiterlöhne die ersten sind, die mit diesem Ersuchen an die Arbeitnehmer herantreten. Die Arbeiter sind gewillt, sobald die Lebenshaltung dieses erlaubt, bezüglich des Abbaues der Löhne mit sich reden zu lassen, aber in einer Zeit, wo sich die Lebenshaltung noch fortgesetzt steigert, kann davon keine Rede sein, und wenn die Unternehmer nur einigermaßen die Nöte der Arbeiterschaft kennen würden, hätten sie durch eine Erhöhung der bestehenden Löhne, wie sie von den Arbeitern benötigt und verlangt und durch die Vertreter der Arbeiterschaft in Leipzig vertreten wurde, den Verhältnissen einigermaßen Rechnung getragen. Sobald die Lebenshaltung billiger wird, kann erst die Arbeiterschaft daran denken, die Kleidungsstücke, Schuhe, Wäsche, Haushaltsgegenstände usw. durch Neuanschaffungen zu ergänzen, denn in den meisten Fällen wurde alles das verbraucht, was vor dem Kriege gekauft worden ist. Da müssen wir fordern, daß uns die Unternehmer die Mittel dazu nicht nehmen dürfen, sowie durch eine weitere Lohnerhöhung von mindestens 25 Proz. uns in die Lage versetzen, das dringend Nötigste baldmöglichst anschaffen zu können.

**Rotischappel.** Am 16. Juli fand im „Hirsch“ eine Mitgliederversammlung statt. Das Ergebnis der letzten Verhandlungen bzw. des Lohnabkommens wurde durch ein Schreiben des Hauptvorstandes vom Vorsitzenden bekanntgegeben. Daß von Seiten der Unternehmer an einen Abbau der Löhne gedacht wird, konnte, aus der Diskussion schließend, in der gegebenen Situation von den Kollegen in keiner Weise anerkannt werden. In der Abstimmung über den Antrag des Hauptvorstandes, Erhöhung der Beiträge betreffend, stimmten von 81 anwesenden Mitgliedern 79 für „Ja“, 1 für „Nein“ und 1 Zettel wurde unbeschrieben abgegeben. Vor der Abstimmung wurde auf Zweck und Notwendigkeit der Erhöhung hingewiesen. Durch einen gestärkten Kampffonds wird die Arbeiterschaft dem Unternehmertum zeigen, daß auch gegebenenfalls das äußerste Mittel zur Erreichung notwendiger Lebensbedingungen ergriffen wird. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heutige gutbesuchte Zahlstellenversammlung erkennt die Notwendigkeit einer Erhöhung der Beiträge im Sinne des Vorstandes an, um den kommenden schweren Zeiten gewappnet gegenüber zu stehen. Schon die Tatsache eines gefüllten Kampffonds wird dazu beitragen, den Unternehmern Achtung vor der Organisation beizubringen, und so die Löhne zu erzwingen, welche den heutigen Verhältnissen entsprechen! Die Versammlung erwartet aber vom Hauptvorstand, daß die vorgesehene Karenzzeit wenigstens auf ½ Jahr herabgesetzt wird, um eben baldigst kampffähig zu sein.“

Beim Festlegen der Preise neuer Artikel der Waler nicht hinzugezogen wird, soll der Fabrikleitung durch den Betriebsrat vorgebracht werden. Hierbei wird besonders hervorgehoben, daß es oft an der Laune einzelner Kollegen liegt, wenn sie bereits Vereinbarte nicht energisch genug fordern oder sich sofort beschwerend an den Betriebsrat wenden. — In kurzen Worten gibt der Kartellbelegte einiges Bemerkenswertes der letzten Sitzung bekannt. Auf einen von Seiten des Kartells erhobenen Einspruch, daß ½ der Organisationsunterstützung von der Arbeitslosenunterstützung in Abrechnung gebracht werden, war höherer Entschluß beschlossen, daß dieser Abzug nur noch die Hälfte dessen betragen solle. Gegen diesen Beschluß ist von Seiten des Kartells wiederum Einspruch erhoben worden. Es wird verlangt, daß Berufsunterstützung bei Arbeitslosenunterstützung nicht in Abzug gebracht werden darf, da es gewissermaßen als eine Kränkung der organisierten Arbeitslosen angesehen werden kann. Am Ende der Versammlung wird zum wiederholten Male aus der Mitte der Versammlung ein Gefühl der Kollegen appelliert und darauf hingewiesen, daß es eines organisierten Arbeiters unwürdig ist, in Anbetracht der großen Not der Arbeitslosen ohne zwingende Notwendigkeit

auch nur eine Ueberstunde zu leisten. Gegen eine im Brennhaus geleistete Arbeitszeit von wöchentlich 74 ½ Stunden sowie alle Ueberstunden wird der Betriebsrat Einspruch erheben.

**Probstzella.** Die am 12. Juli stattgefundene Zahlstellenversammlung war von nahezu allen Mitgliedern besucht. Es gewinnt den Anschein, als ob endlich ein anderer Zug durch unsere Mitglieder gehe. Nötig war dies schon länger, und es hätte besser um uns gestanden, wenn es früher besser wurde. Der anwesende Lokalbeamte, Kollege Erdmann-Gräfenenthal, entwickelte zunächst sein Programm, in welcher Weise nun die Arbeiten im Bezirk vor sich gehen müßten. Erforderlich sei, daß alle Mitglieder an allen Aktionen regen Anteil nähmen; dann würden auch die Erfolge nicht ausbleiben. Weiter berichtete Kollege Erdmann über die Lohnklassenverteilung sowie unser letztes Lohnabkommen. In der darauffolgenden Diskussion gaben alle Redner einmütig ihren Unwillen kund über das Vorhaben der Unternehmer bezüglich des geplanten Lohnabbaues. Die Frage des Lohnabbaues bliebe solange für die Mitglieder undiskutabel, bis eine merkliche Besserung in der Lebenshaltung eintrete und jeder einzelne erst wieder einmal in der Lage sei, sich einen Anzug und sonstige Gebrauchsgegenstände anzuschaffen. Gegenwärtig und seit einer Reihe von Jahren war das unmöglich. Das müßten doch auch die Unternehmer einsehen lernen, und sollten nicht mit dem Feuer spielen. Die Abstimmung über die Beitragserhöhung ergab, daß bis auf 1 Stimme alle Mitglieder in geheimer Abstimmung sich für die Beitragserhöhung aussprachen. Mit dieser Versammlung hat die Zahlstelle Probstzella aufgehört zu bestehen und ihren offiziellen Anschluß an Gräfenenthal vollzogen. Mit einem kräftigen Appell an die Mitglieder, sich immer ihrer Pflicht bewußt zu bleiben, schloß der Vorsitzende die imposant verlaufene Versammlung.

**Schmiedeberg.** Die Versammlungen der Zahlstelle in ihren vier Filialen beschäftigten sich mit der Mitgliederabstimmung über die Beitragserhöhung. Nachdem Kollege Kretschmann in den Versammlungen vor 14 Tagen die Notwendigkeit der Beitragserhöhung begründet hätte, wies er kurz nochmals nach, daß jetzt, wo der Lohnabbau der Unternehmer ins Werk gesetzt werden soll, mehr denn je eine starke, geschlossene Gewerkschaft nötig sei, damit das Tempo des Lohnabbaues mit dem der Lohnsteigerung in Einklang gebracht wird. Tatsächlich sind wir mit unseren Lohnvereinbarungen den Verhältnissen immer nachgeblieben; nun muß auch dieselbe Methode beim Abbau des Lohnes aus Gründen der Gerechtigkeit Platz greifen; erst Abbau der Steuer, dann kann über Lohnabbau gebrochen werden. Hierzu sei aber nicht nur die Einmütigkeit der Kollegen in der Organisation, sondern auch die finanzielle Kräftigung unseres Verbandes unbedingt erforderlich, damit wir mit Ruhe den kommenden Verhältnissen entgegensehen können. — Die Zettelabstimmung ergab folgendes Resultat: Abgegebene Stimmen 342; für die Beitragserhöhung 335, dagegen 7 Stimmen. Kollege Kretschmann gab nun das Resultat der Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband vom 9. Juli bekannt, berichtete von dem energischen Widerstand unserer Verbandsvertreter gegen den geplanten Lohnabbau der Arbeitgeber. In der regen Aussprache, welche nunmehr einsetzte, waren alle Redner der Auffassung, daß wegen der noch immer steigenden Lebensmittelpreise eine neue 20prozentige Lohnerhöhung gerechtfertigt wäre; Steuerabzug und Erhöhung der Versicherungsbeiträge haben eine direkte Lohnschmälerung in der allerletzten Zeit gebracht. Dem steht gegenüber, daß die Unternehmer in unserer Industrie in dem verflossenen Geschäftsjahr laut Berichten im Sprecksaal der „Aram. Rundschau“ ganz erhebliche Profite für sich herausgewirtschaftet haben; auch der niedrige Stand unserer Valuta brachte denselben große Vorteile. Diese bedeutenden Gewinne müßten im Interesse der Allgemeinheit wieder Verwendung finden, aber auch ohne Erschließung dieser Reserven können die Arbeitgeber unserer Industrie bei dem großen Bedarf für unsere Erzeugnisse getrost in die Zukunft blicken, sind daher wohl in der Lage, durch Gewährung von auskömmlichen Löhnen und Gehältern die Konsumkraft der Arbeiterschaft zu erhöhen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme in den Versammlungen:

„Die Zahlstelle Schmiedeberg erhebt den schärfsten Protest gegen den beabsichtigten Lohnabbau der Arbeitgeber, bedauert, daß die Verhandlungskommission unseres Verbandes nicht in der Lage war, bei der noch immer steigenden Tendenz in der Lebensmittelbeschaffung, Steuerabzug und Erhöhung der Versicherungsbeiträge einen Ausgleich hierfür durch eine Lohnerhöhung zu erlangen. Nach allen Voraussetzungen wird auch die nächste Zeit keinen Abbau der Lebensmittelpreise bringen, namentlich der Hauptnahrungsmittel: Brot, Kartoffeln, Fleisch, Eier usw.“

Die Versammelten erwarten daher bestimmt, daß bei den neuen Verhandlungen in diesem Sinne gewirkt und, falls die Arbeitgeber auf ihrem Standpunkt beharren, die Löhne abzubauen, die Verhandlungen abgebrochen und eine tariflose Zeit für unsere Industrie Platz greifen muß.“

**Schweidnitz.** Unsere Versammlung vom 23. Juli hatte wiederum einen ganz erfreulichen Besuch zu verzeichnen, zumal Gauleiter Hirsch seinen Besuch zugesagt hatte. Zunächst erfolgte der Kassenbericht durch den Kassierer, welcher von den Revisoren richtig befunden worden ist. In „Verschiedenes“ nahm Gauleiter Hirsch das Wort und schilderte uns in einem Vortrage das Ergebnis der letzten Verhandlungen in Leipzig. Er wies wiederum die Mitglieder auf die Notwendigkeit der erhöhten Beiträge hin, wobei er bedauerte, daß das Ergebnis der Abstimmung ein ganz anderes geworden ist, als er erwartet hatte. Alsdann erwähnte er verschiedene Uebelstände im Betriebe, die er bei seinem letzten Besuch wahrnehmen mußte. Von den Mitgliedern sollte dieses etwas mehr beachtet werden, um eine Besserung in der Arbeit zu erzielen. — Mit großem Beifall wurde dem Redner gedankt. Hierauf wurde aus der Mitte der Versammlung folgende Resolution eingebracht und beschlossen:

Die am 23. Juli tagende Mitgliederversammlung der Zahlstelle Schweidnitz bedauert das Abstimmungsergebnis unserer Zahlstelle betreffs der Beitragserhöhung. Sie erklärt, voll und ganz für die Erhöhung einzutreten, nachdem sie sich durch den Vortrag des Gauleiters Hirsch von der Notwendigkeit überzeugt hat. Gleichzeitig beantragt sie, beim Hauptvorstand mit allen Mitteln auf die Senkung der Preise für Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände hinzuwirken.

jedoch einem Lohnabbau nicht eher zustimmen, bis diese Senkung sich tatsächlich längere Zeit bemerkbar macht. Gegenwärtig kann von Lohnüberhebungen gar keine Rede sein, es ist im Gegenteil eine weitere Erhöhung der Löhne dringend erforderlich.

Nach einigen weiteren Debatten wurde Gauleiter Dirsch für seine Mühen, die er besonders der Rahlstelle Schweidritz gewidmet hat, vom Vorsitzenden gedankt und die Versammlung beendet.

**Stapel.** Eine außerordentliche Versammlung fand am 20. Juli statt. Sämtliche Mitglieder waren anwesend und nahmen Kenntnis von den Lohnverhandlungen am 9. Juli in Leipzig. Die Versammlung protestiert auf das entschiedenste gegen die Rücksichtslosigkeit des Arbeitgeberverbandes, welcher die bescheidene Forderung unseres Verbandes zurückweist. Die Verhandlungen in Leipzig haben gezeigt, daß die Unternehmer für die bestehende Not der Arbeiter kein Verständnis zeigen, und so die Erbitterung der Arbeiter bis aufs höchste gesteigert haben. Die Teuerung in den ländlichen Bezirken ist nachweislich 30 Prozent höher als in den Großstädten, so daß der Arbeiter in absehbarer Zeit dem Abgrund entgegengeht, da ihm keine Existenzmöglichkeit gegeben werden soll. Infolge der fortwährenden Lohnkürzungen (Steuerabzug usw.), die dem Arbeiter in letzter Zeit auferlegt wurden, verlangt die Versammlung eine 40prozentige Teuerungszulage, bezw. eine Wirtschaftsbeihilfe als Ausgleich. Sollte diese gerechte Forderung der Arbeiter nicht anerkannt werden, so wird die Arbeiterschaft gezwungen, den Kampf mit dem Unternehmertum aufzunehmen und bis aufs äußerste zu führen, da das Vorgehen der Unternehmer zur völligen Vernichtung der Arbeiterexistenz führen muß. Die Versammlung bedauert aufs tiefste, daß sich die Vertreter unserer Organisation von den Arbeitgebern so abfinden ließen.

**Taubenbach.** Am 16. Juli fand eine stark besuchte Betriebsversammlung statt, zu welcher Kollege Erdmann-Gräfenhain erschienen war und über die Lohnklassenverfehlung, sowie über das letzte Lohnabkommen referierte. Nach dem Referat setzte eine Diskussion ein, in welcher das Verhalten der Firma, betreffs der Lohnklassenverfehlung, scharf mißbilligt wurde. Das, was nahezu alle anderen Firmen im Bezirk bei der Lohnklassenverfehlung taten: die Differenzbeträge zwischen Klasse III und IIb zur Auszahlung bezw. Nachzahlung brachten und die künftigen Löhne so kalkulierten, daß diese Differenzbeträge miteingeschlossen sind, hat die hiesige Firma, trotz wiederholtem Vorstelligwerden, noch nicht vorgenommen. Es wird nun in dieser Angelegenheit nochmals an das Gewichtsgericht herangetreten werden müssen, falls die Firma nicht endlich einsehen will, daß solche Abmachungen auch für sie Geltung haben. Ueber das letzte Lohnabkommen spricht die Versammlung ihre Entrüstung aus über das Vorgehen der Unternehmer, baldigt mit dem Lohnabbau zu beginnen. In der hiesigen Gegend ist von einer Preislenkung absolut noch nichts zu spüren; im Gegenteil, von Preisrückgang, wie von Städten in den Zeitungsnotizen berichtet wird, ist hier nicht das geringste zu spüren. Der Lohnabbau kann nach Ansicht der Versammelten erst dann eintreten, wenn eine merkliche Besserung in der Lebenshaltung eingetreten ist. Bezüglich der Beitragserhöhung ersucht Genosse Erdmann, bei der Abstimmung mit „Ja“ zu stimmen, da die Beitragserhöhung ein Gebot der Notwendigkeit sei und nach seiner Ansicht schon zu spät komme. Weiter wünscht derselbe, genau so pünktlich wie bisher die Beiträge zu zahlen. Er könne mit Befriedigung konstatieren, daß in den meisten Orten seines Bezirks Beitragsreste eine Seltenheit seien; zu diesen Orten gehöre auch Taubenbach. Die Abstimmung ergab, daß die Beitragserhöhung einstimmig gutgeheißen wurde. Kollege Erdmann dankt für dieses Resultat und erklärt, daß dieses Abstimmungsergebnis sich in würdiger Weise dem der anderen Orte seines Bezirks angeschlossen habe; nahezu einstimmig sei in seinem Bezirk die Beitragserhöhung beschlossen worden. Mit einem kräftigen Appell, künftig in gleicher Weise zu unserer guten Sache zu stehen, schloß der Vertrauensmann die anregende Versammlung.

**Waldhausen.** In der Versammlung vom 14. Juli mußten zunächst Ergänzungswahlen zum Betriebsrat vorgenommen werden. Nach Überwindung einiger Schwierigkeiten konnte die Wahl vollzogen werden. Nach Erstattung des Kassienberichtes, der zu Erinnerungen keinen Anlaß bot, wurde der Kassierer entlastet. — Der Betriebsrat wurde beauftragt, mit der Betriebsleitung wegen der Bauarbeiterangelegenheit zu verhandeln. Die Firma hat die Weiterarbeiten am Bau eines neuen Brennofens einstellen lassen und sämtlichen Maurern und Hilfsarbeitern gekündigt; letztere verlangen den Tariflohn für das Baugewerbe nachgezahlt und das Unterbleiben jeden Abzuges während der Kündigungszeit. Nach Erledigung einiger Beschlüsse (Schriftführer, Kartelldelegierten und Unterfasser) wurde die Versammlung mit einem aufernden Schlußwort des Vorsitzenden geschlossen.

### Bekanntmachung.

Die Rahlstellen Großbreitenbach, Langenwiesen und Gera (S.-G.) sind seit den 1. Juli 1920 mit Jilmann vereinigt. — Zuschriften sind an Max Brehme, Lokalbeamter, Jilmann, Bergstr. 13, zu richten.

### Storbef.

**Kloster-Beilste.** Frau Sauer, Glasrerin, geboren am 3. März 1855, gestorben am 12. Juli an Grippe, verbunden mit Rippen- und Lungenentzündung. Mitglied seit 1918.

**Rehan.** Margarethe Bapf, Baderin, geboren am 27. November 1862, gestorben am 12. Juli an Wassersucht. Mitglied seit 1918.

**Georg.** Franz, Maler, geboren am 12. April 1873, gestorben am 9. Juli an Pfortenleiden und Wassersucht. Mitglied seit 1918.

**Georg.** Josef Franz, Brennpfannenarbeiter, geboren am 2. Mai 1876, gestorben am 21. Juli an Darmkatarrh. Mitglied seit 1912.

Ehrendem Andenken!

### Versammlungs-Anzeigen.

**Bahlreicher Besuch** in allen Versammlungen erwünscht.  
**Arzberg.** Sonnabend, 14. August, abends 8 Uhr, im Konsumverein.  
**Berlin-Charlottenburg.** Mittwoch, den 18. August, abends 7 Uhr, Schulaula, Dresdenerstr. 113: Vortrag über „Gewerkschaft und Betriebsrätezentrale“.  
**Bonn.** Samstag, den 14. August, abends 7 Uhr, in der „Nitzhalle“, Kölnstr. 17.  
**Mannheim-Käfertal.** Samstag, den 14. August, abends 6½ Uhr, im „Restaurant zur Reichstrone“, H 7, 24.  
**Düsseldorf.** Freitag, den 20. August, abends 5 Uhr, in der „Berge zur Heimat“.  
**Schlesingen.** Montag, 9. August, nachmittags 5 Uhr, „Schickhause“.  
**Spanbau.** Montag, den 9. August, nachmittags 4 Uhr, Wind, Bichelsdorferstr. 4.  
**Tiefenfurt.** Sonnabend, den 7. August, pünktlich 8 Uhr, der Brauerei.

### Quittung.

Für unser krankes Mitglied M. Weigelt gingen folgende Beiträge ein: Rahlstelle Auma 10,—; Blankenhain 10,—; Bonn a. 20,—; Brattendorf 20,—; Elmshorn 25,—; Frankfurt a. O. 10,—; Fraureuth 25,—; Freiberg 10,—; Goldlauter 10,—; Hennigsdorf 10,—; Jecha 10,—; Jubenbach 25,—; Kahla 10,—; Kloster-Beilste 10,—; Köpelsdorf 20,—; Kups 10,—; Lettin 5,—; Limbach 3,—; Margarethenhütte 20,—; Meuselwitz 20,—; Neuhaldensleben 10,—; Passau 10,—; Plau 10,—; Rauenstein 10,—; Spanbau 20,—; S. Lengsfeld 10,—; Teltow 20,—; Tiefenfurt 20,—; Triptis 10,—  
Summa: 430 Mk.

Den Gebern besten Dank. Die Sammlung ist geschlossen.  
Für die Rahlstelle Scheibe: Der Kassierer, Oskar Wanders.

### Arbeitsmarkt.

Offertbriefe, denen kein frankiertes Rubert beiliegt, werden nicht weiter befördert.

**Stahlbruderin,** mit guten Zeugnissen, in allen Arbeiten bewandert, sucht Stellung. Angebote erbeten an die Redaktion „Ameise“ unter E. R. 2.

Die ausgeschriebenen Dreher- und Malerstellen sind besetzt.  
A. B. Karlskrona Porzellanfabrik, Schweidritz.

### Geschäfts-Anzeigen.

**Goldhaltige Schmiere — Lappen — Asche — Pinsel — Flaschen**  
Rahmstände usw. zum Einschmelzen kauft  
M. Köhler, Dresden-A., Gerichtstr. 8, II.  
Schnelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

### Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiere u. alle goldhaltigen Sachen.  
Bestes Geschäft dieser Art. Schnelle u. pünktliche Bedienung.  
Man verlange Prospekte.

### Goldflaschen :: Lappen :: Schmiere

sowie angebranntes Gold kauft zu den höchsten Preisen

Emil Theimer, Langenwiesen bei Jilmann, Thür.

**Segeltuchschuhe** mit Lebersohle und Zween, billigster Arbeiterschuh! Gauspantoffel — Turnschuhe — Leinwandschuhe. Schick in weiß, grau und schwarz, weiße Kinderschuhe kaufen Sie billig bei A. Alke, Reichwasser, D.-L., Schuhverwand.  
— Verlangen Sie Preisliste. —

Sämtliche Pinsel für Porzellanmaler, auch nach Zeichnung oder Muster, liefert  
Paul Materne, Schönwald, Oberfranken.

### Original Nordhäuser Kautabak

à Rolle 1,75 Mk. — Versand von 10 Rollen ab. — Dauerabnahme Sonderpreise. Universal-Versand Hermannsdorf, E.-A.

Offertiere hierdurch

### Zymocca-Levantiner Schwämme

zu 4, 8, 16, 24 und 36 Mk. per Stück für Dreher, Glasur, Brennpfannen, Deuderei; Garnierungsschwämme von 1 bis 10 Mk. pro Stück. Diese Zwecke auch geeignete Reifschwämme, das Stilo 120 bis 200 Stk. enthaltend, 250 Mk. pro Stilo. Große weiße Hardheadschwämme für Steinigungsarbeiten, das Stilo 25 Stück enthaltend, 350 Mk. pro Stilo. Große prima „Elephantenohren“, das Stilo 5, — bis 6,50 Mk. Abgabe einzeln. Schwämme als Muster oder Ansichtsendungen lehne höflichst ab. In großen Fabrikationen eventuell besondere Vereinbarungen.

S. Michelsohn, Schwammgroßhandlung, Berlin E. 25, Prenzlauerstr. 4.

Gesamtg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen.  
Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.  
Verlag: Wilhelm Herber, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.  
Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 22.